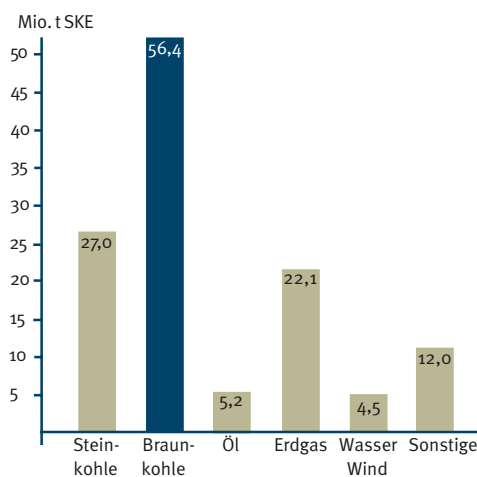


# Informationen und Meinungen

## ROHSTOFFPOLITIK

### Sinnvolle Aufgabenteilung

**Berlin** - „Die Verantwortung für die Beschaffung von Rohstoffen trägt nach unserem ordnungspolitischen Verständnis niemand sonst als die Wirtschaft,“ erklärte Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement anlässlich der 50-Jahr-Feier des Bestehens der Wirtschaftsvereinigung Bergbau (WVB) in Berlin. Aufgabe des Staates sei es, so Clement weiter, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine kontinuierliche Versorgung der Industrie zu angemessenen Preisen möglich ist.“ Dies gelte nicht nur für Rohstoffimporte aus dem Ausland, sondern „auch für die Nutzung unserer eigenen Lagerstätten.“ Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung sind ohne eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen nicht möglich, stellte der Minister klar und sagte, dass sich die Rohstoffpolitik der Bundesregierung im Zieledreieck von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu bewegen habe. Die Konferenz der Länderwirtschaftsminister habe deshalb beschlossen, Raumordnung und Landesplanung effektiver zu nutzen, um den Zugriff auf die heimischen Rohstoffe nicht mehr gegenüber anderen Nutzungen zu benachteiligen. Andererseits, so Clement, stehen Bergbau und rohstoffverarbeitende Industrien vor der Aufgabe, die „Ökoeffizienz durch höhere Ressourcennutzungsgrade zu verbessern und die Auswirkungen auf die Umwelt weiter zu verringern.“ Diesen Prozess werde der Staat begleiten, so dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen erhalten bleiben. Unter Berufung auf den jüngsten Rohstoffbericht der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (siehe Informationen und Meinungen 2/2003) erklärte Clement, dass mittelfristig keine Versorgungsengpässe bei den Energierohstoffen zu erwarten sind. Gleichwohl erhöhen nach Ansicht der Bundesregierung die aktuellen geopolitischen Entwicklungen die Sensibilität gegenüber Fragen der Versorgungssicherheit. Vor allem die Sicherheit der Ölversorgung bleibe für die Bundesregierung „ein vorrangiges Thema“. Darüber sei man auch innerhalb der EU einig. Der gegenwärtig diskutierte Richtlinienentwurf der EU-Kommission zum Ölkrisenmanagement stoße jedoch trotz Einigkeit über das Ziel auf ein geteiltes Echo. Die Bundesregierung „möchte bei der nationalen Verantwortung auch auf diesem Sektor bleiben,“ erklärte Clement. Demgegenüber ist die Erdgasversorgung nach der Marktöffnung kein rein nationales Thema mehr. Aber auch hier gelte der Grundsatz, dass die Branche die Versorgung der Verbraucher sicherzustellen habe und der steigenden Importabhängigkeit mit geeigneten Mitteln begegnen müsse. Für die sichere Energieversorgung Deutschlands haben nach Ansicht der Bundesregierung die Braun- und Steinkohlevorräte einen besonderen Stellenwert. Mit einem Anteil von rund 50 Prozent sind beide Energieträger die tragenden Säulen der deutschen Stromerzeugung. Die Braunkohle habe sich mittlerweile zum wichtigsten heimischen Energieträger entwickelt und behauptet sich subventionsfrei im liberalisierten Strommarkt. Braunkohle, so Clement, ist nicht nur kostengünstigster Anbieter im Grundlastbereich, sondern auch struktur- und beschäftigungspolitisch wichtig. Der frühzeitig vollzogene Strukturwandel der Branche sei erfolgreich bewältigt, stellte Clement fest. Deutschland habe heute die weltweit modernsten und effizientesten Braunkohlekraftwerke, die „erhebliche Beiträge zur Erreichung unserer klimapolitischen Ziele leisten.“ Mit der Erweiterung der EU werde die Bedeutung der Braunkohle sogar noch steigen.



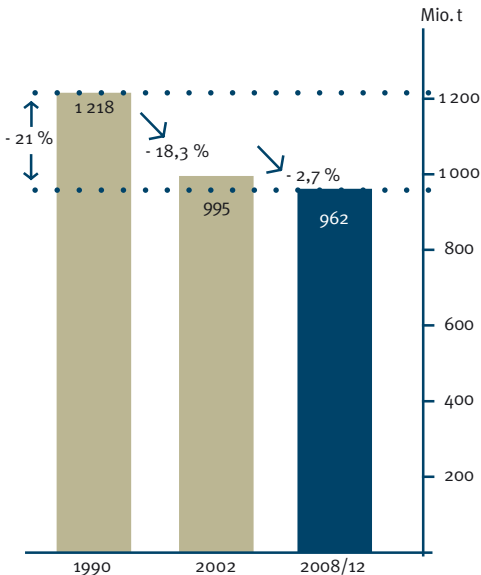
Gewinnung von Primärenergien in Deutschland  
im Jahre 2002 in Mio. t. SKE.

Quelle: AG Energiebilanzen 7/03

KLIMASCHUTZ

## Aus deutscher Sicht ist der Emissionshandel überflüssig

**Berlin** – „Aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland ist das System des Emissionshandels ein überflüssiges System,“ stellte Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement kürzlich fest und verwies darauf, dass Deutschland unmittelbar vor dem Erreichen der Kyoto-Ziele stehe und zusätzliche klimapolitische Instrumente überflüssig seien. Außerdem handele es sich beim EU-weiten Handel mit Emissionszertifikaten um ein besonders bürokratisches Verfahren. Die Komplexität und auch die Widersprüchlichkeit des Systems zeige sich derzeit bei der Aufstellung des nationalen Allokationsplanes, der rund 4 000 Industrieanlagen erfassen werde. Die Bundesregierung werde darauf achten, dass das System nicht zu Belastungen und Einschränkungen des unternehmerischen Handelns kommt. Dies gelte auch für den Bau von neuen und zusätzlichen Kraftwerken. Clement bedauerte, dass das Bundeswirtschaftsministerium keine Unterstützung für seine Ansicht erhalten habe, die Einführung des Emissionshandels nur mit Einstimmigkeit aller EU-Länder zu vollziehen. Durch die Mehrheitsentscheidung seien gravierende Vorbehalte aus Deutschland und anderen Ländern unberücksichtigt geblieben. Jetzt gehe es darum, die Rahmenbedingungen für langfristige Investitionen in Kraftwerke und Industrieanlagen abzusichern. ■



Erfolge der deutschen Klimaschutzpolitik im Rahmen des EU-Burden Sharing 1990 - 2008/12

KYOTO-PROTOKOLL

## Russland hofft auf großes Geschäft

**Moskau** – Die russische Regierung rechnet damit, dass nach der Sommerpause auch die Duma dem Beitritt des Landes zum Kyoto-Protokoll zustimmt. Nur durch die Teilnahme Russlands kann das Protokoll von Kyoto wirksam werden, da dann knapp 62 Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen erfasst werden, erforderlich sind 55 Staaten und ebenfalls 55 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen. In Russland laufen bereits die Bewertungen, welche Vor- und Nachteile dem Land aus dem Beitritt entstehen. Vize-Wirtschaftsminister Tsikanov erklärte jetzt, Russland werde zwischen 2008 und 2012 jährlich etwa 2,2 Milliarden Tonnen Klimagase emittieren. Bezogen auf das Kyoto-Basisjahr könne man für diesen Zeitraum mit ungenutzten Emissionsberechtigungen in Höhe von rund drei Milliarden Tonnen rechnen. Tsikanov geht davon aus, dass andere Kyoto-Staaten davon etwa eine Milliarde Tonnen aufkaufen könnten, um ihre Reduktionsverpflichtungen zu erfüllen. Das norwegische Analystenbüro Carbon Point errechnete, dass Russland aus dem Geschäft mit den Klimagasen Gewinne in Höhe von bis zu zehn Milliarden US-Dollar in der zweiten Kyoto-Periode zufließen könnten. ■

KLIMASCHUTZ I

## Elektrizitätswirtschaft glaubt nicht an strengere Reduktionsziele in der EU

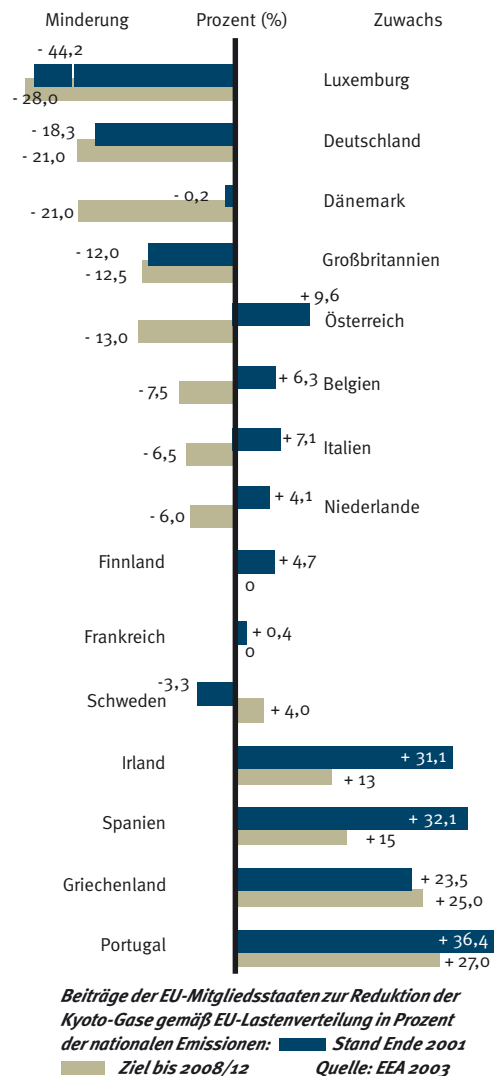
**Frankfurt** – Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) rechnet nicht damit, dass die Europäische Union sich zu neuen, besonders ehrgeizigen Klimaschutzzielen verpflichten könnte. Anders als in Deutschland, das die Ziele des Kyoto-Protokolls bereits nahezu erreicht hat, „hinken die meisten EU-Mitgliedsländer bei der Erfüllung ihrer Treibhausgasreduzierungsverpflichtungen weit hinterher,“ heißt es in einem VDEW-Schrei-

ben an die klimapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrike Mehl. Frau Mehl setzt sich dafür ein, dass Deutschland sein nationales Reduktionsziel auf 40 Prozent bis zum Jahre 2020 erweitert, sofern sich die EU zu einer dreißigprozentigen Minderung für den selben Zeitraum verpflichtet. Die VDEW weist darauf hin, dass selbst Länder, denen eine „besondere ökologische Vorbildfunktion“ zugeordnet werde, wie zum Beispiel Dänemark, mit einer deutlichen Zielverfehlung rechnen. Die mit der deutschen Vorreiterrolle im Klimaschutz angestrebte Signalwirkung, so die VDEW, habe sich somit bislang nicht eingestellt. Nach Berechnungen des Verbandes muss die EU bis 2012 noch 188 Mio. t. Kohlendioxid bzw. vergleichbare Mengen anderer Treibhausgase einsparen, um die eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Dies stelle einen „echten Kraftakt“ dar. Durch ein Minderungsziel von 30 Prozent würde sich die notwendige Reduktionsmenge auf 926 Mio. t erhöhen, was völlig unrealistisch sei. Darüber hinaus plädiert der Verband an die Politik, bei Vorschlägen zur Verschärfung nationaler Klimaschutzziele Verantwortungsbewusstsein zu zeigen. Der auslaufende Einsatz der Kernkraft werde überwiegend auf der Grundlage fossil befeuerter Kraftwerke erfolgen, was einen deutlichen Anstieg der Klimagasemissionen nach sich ziehe. Es sei fraglich, ob diese Mehremissionen durch Kraftwerksmodernisierungen und den Beitrag erneuerbarer Energien ausgeglichen werden könne.

## KLIMASCHUTZ II

### Wissenschaftler warnen vor Vorreiterrolle

**Bonn** – Deutschlands vielzitierte Vorreiterrolle beim Klimaschutz wird in Wissenschaft und Klimaforschung zunehmend kritisch betrachtet. Vertreter des Forschungszentrums Jülich vertreten die Ansicht, angesichts eines global steigenden Ausstoßes an Klimagasen werde der deutsche Beitrag immer geringfügiger und drohe, in seiner ökologischen Wirkung zu verpuffen. Auch bleibe der immer wieder behauptete Dominoeffekt der deutschen Anstrengungen im Klimaschutz bei anderen Ländern aus. Nach Ansicht der Wissenschaftler erhöhen sich zudem die Vermeidungskosten in Deutschland unverhältnismäßig und es sei sinnvoller, in Reduktionspotentiale anderer Länder und Regionen zu investieren.



## PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH

### Leichter Anstieg im ersten Halbjahr

**Essen** - Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im 1. Halbjahr 2003 rund 248 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das waren 2,4 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der kräftige Anstieg ist vor allem auf die kalte Witterung im ersten Quartal des Jahres zurück zu führen. Der Mineralölverbrauch blieb mit insgesamt 88,1 Mio. t SKE im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 unverändert. Entscheidend für diese Entwicklung war ein massiver Absatzanstieg von leichtem Heizöl von rund 14 Prozent, der durch einen gestiegenen Heizölbedarf sowie den deutlichen Rückgang der Heizölpreise im 2. Quartal ausgelöst wurde. Dagegen war der Verbrauch von Otto- und Dieselmotoren stark rückläufig. Der Erdgasverbrauch stieg witterungsbedingt um 9,3 Prozent auf 60,5 Mio. t SKE. Eine höhere Erdgasnachfrage verzeichneten sowohl der Haushaltssektor als auch die Industrie und die Kraftwirtschaft. Der Verbrauch an Steinkohlen war im ersten Halbjahr 2003 mit 34,0 Mio. t SKE um 5,7 Prozent höher als vor einem Jahr. Ursächlich für diese Entwicklung waren sowohl der Anstieg beim Einsatz in der Elektrizitätswirtschaft sowie der höhere Verbrauch in der Stahlindustrie. Der Braunkoh-

lenverbrauch lag im 1. Halbjahr 2003 mit 27,9 Mio. t SKE um 1,4 Prozent unter der Menge des Vorjahres. Die Veränderungen sind im Wesentlichen auf die Entwicklung bei den Lieferungen an die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und den Rückgang beim Einsatz zur Veredlung zurückzuführen. Die Stromerzeugung der Kernkraftwerke nahm betriebsbedingt um 2,5 Prozent ab. Diejenige der Wasserkraftwerke ging um etwa 13 Prozent zurück, während die der Windkraftanlagen um nahezu den gleichen Prozentsatz stieg. Insgesamt sank die Stromerzeugung in diesen beiden Bereichen um knapp ein Prozent. Im 1. Halbjahr 2003 wurde mehr Strom ins Ausland geliefert als bezogen, so dass ein Exportüberschuss entstand. ■

## BRAUNKOHLE

### Stabiler Beitrag zur Stromerzeugung

**Köln** - Die Braunkohlenförderung aus den inländischen Revieren lag in den ersten sechs Monaten des Jahres mit insgesamt 89 Mio. t um 1,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Im Rheinland betrug der Rückgang bei der Förderung 1,8 Prozent und in der Lausitz 0,8 Prozent. In Mitteldeutschland konnte die Förderung hingegen um 11,6 Prozent gesteigert werden. Die Lieferungen an Kraftwerke der öffentlichen Versorgung verminderten sich um 0,5 Prozent. Der höhere Heizwert der geförderten Kohle führte jedoch zu einer Stromproduktion, die mit einem Plus von 0,5 Prozent knapp über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes liegt. Der Einsatz von Braunkohle zur Veredlung nahm um 1,7 Prozent ab. Die Herstellung von Staub (+ 0,8 %) und Wirbelschichtkohle (+ 10,2 %) nahm zu, während die Erzeugung von Briketts (- 3,4%) und Koks (- 5,0 %) einen Rückgang zu verzeichnen hatte.

## PERSONALIE

### Neuer Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln

**Köln** – Professor Dr. Axel Ockenfels (34) ist Nachfolger von Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker auf dem Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität zu Köln. Zugleich wurden Ockenfels die Aufgaben eines Direktors am Energiewirtschaftlichen Institut übertragen. Forschungsschwerpunkt von Ockenfels ist die experimentelle Wirtschaftsforschung. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Bonn und promovierte 1998 an der Universität Magdeburg. Ockenfels war zuletzt am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena tätig. ■

#### Herausgeber:

DEBRIV  
Bundesverband Braunkohle  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen  
Postfach 40 02 52  
50832 Köln

Tel.: 0 22 34/18 64-0  
Fax: 0 22 34/18 64 18  
E-Mail: [uwe.maassen@braunkohle.de](mailto:uwe.maassen@braunkohle.de)  
<http://www.braunkohle.de>  
(Eintragung in den e-mail-Presserverteiler unter:  
[www.braunkohle.de](http://www.braunkohle.de) „Presseservice“)